



PRESSEDIENST

Personalräte zu Rot-Grün: Hohe Erwartungen, aber auch deutliche Kritik

Böhrnsen schließt betriebsbedingte Kündigungen aus

„Wir erhoffen uns vom neuen Senat einen anderen Umgang mit den Kolleginnen und Kollegen als unter der großen Koalition. Und wir werden den Senat fordern, die Zusagen zur Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen bei Veränderungsprozessen auf allen Ebenen umzusetzen.“ So fasste der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Edmund Mevissen, die Erwartungen der öffentlich Bediensteten an den rot-grünen Senat zusammen.

Bürgermeister Böhrnsen hatte ausführlich auf der Personalrätekonferenz die Absichten der rot-grünen Koalitionäre erläutert. In der breiten Diskussion mit den rund 150 anwesenden Personalräten, Frauenbeauftragten und Schwerbehindertenvertrauensleuten gab es sowohl Lob für die Schwerpunktsetzung in den Bereichen Soziales, Bildung und Innere Sicherheit als auch Kritik an der generellen Kürzungspolitik. Bei allen Hoffnungen auf einen neuen Stil im Umgang mit den Beschäftigten bleibe festzuhalten, dass wesentliche Punkte der Koalitionsvereinbarung aus Sicht der Beschäftigten und der BürgerInnen sehr problematisch seien, betonte Edmund Mevissen. Für die beschleunigte Fortsetzung des Personalabbaus gebe es in den Dienststellen keine Spielräume. Die öffentlichen Dienstleistungen, zu deren hoher Bedeutung für die Gesellschaft auch Böhrnsen sich bekannt hatte, würden zwangsläufig Schaden nehmen.

Die stellvertretende ver.di Landesbezirksleiterin Marita Rosenow forderte Böhrnsen auf, den ausgehandelten Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung schnellstmöglich zum Abschluss zu bringen. „Dies ist das letzte Wort der Kolleginnen und Kollegen zu befristeten Abweichungen vom Flächentarifvertrag“. Im Übrigen müsse die tarifliche Entwicklung bei der Besoldung der BeamtInnen nachvollzogen werden. Es sei nicht akzeptabel, dass im Finanzrahmen der Koalitionsvereinbarung hierfür keine ausreichenden Mittel vorgesehen seien.

Einen wesentliche Lücke der Koalitionsvereinbarung schloss Böhrnsen unterdessen: „Betriebsbedingte Kündigungen wird es mit mir nicht geben. Wir wollen niemanden bedrohen“, erklärte er unter dem Beifall der anwesenden InteressenvertreterInnen.